

## Mitgliederversammlung 2010 mit „Wahlmarathon“



Ende September trafen sich die Mitglieder des DEVAP in Frankfurt am Main zur jährlichen Versammlung. „Vertrauen wagen – Vertrauen beweisen“ – unter diesem Leitsatz, der das Thema der Eröffnungsandacht der DEVAP-Mitgliederversammlung 2010 bildete, lässt sich angesichts der turnusgemäßen Wahlen die gesamte Veranstaltung fassen.

Mit einem eindeutigen Votum von mehr als 90 Prozent sprachen die zahlreich angereisten Stimmberechtigten Renate Gamp, Geschäftsführerin des Bereichs „Altenhilfe, Wohnen, Sozialpsychiatrie, Suchthilfe“ der Norddeutschen Gesellschaft für Diakonie in Rendsburg, das Vertrauen aus und wählten sie zur neuen Vorsitzenden. Die langjährige erste stellvertretende Vorsitzende übernimmt das Amt von Wilfried Voigt, der nicht erneut kandidierte. Bereits bei seinem Amtsantritt vor zwei Jahren hatte Voigt angekündigt, das Amt nur bis zur nächsten turnusgemäßen Wahl anzunehmen. Die neue Vorsitzende dankte gemeinsam mit der Mitgliederversammlung Wilfried Voigt für seinen großen Einsatz sowie für das vielfältige und stetige Engagement, mit dem er sich für die Ziele des DEVAP eingesetzt hat. Es wurde noch einmal speziell an die außerordentlich positive Aktion „Weil wir es wert sind“ erinnert, an deren Initiierung und Durchführung Wilfried Voigt maßgeblichen Anteil hatte und die laut Medienanalysen insgesamt rund 11,1 Millionen Menschen erreichte.

### Wahl des Vorstandes

Auf dem Programm der Versammlung stand neben der Wahl der Verbandsspitze auch die Legitimierung eines neuen Vorstands und der vier Fachausschüsse – ein echter „Wahl-Marathon“. Für den Vorstand wurden satzungsgemäß sechs neue Mitglieder gewählt: **Renate Backhaus**, Diakonisches Werk Bayern e.V., **Ulrich Christofczik**, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V., **Renate Gamp**, Norddeutsche Gesellschaft für Diakonie, Rendsburg mbH, **Ruth Moser-Weikert**, Johanniter-Seniorenhäuser GmbH, Stuttgart, **Dr. Werner M. Ruschke**, Evangelisches Perthes-Werk e.V., Münster, und **Rolf Schlagmann**, Stadtmission Zwickau e.V.

Ebenfalls gewählt wurden sieben Vertreter der jeweiligen Fachausschüsse:

Lesen Sie weiter auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,



die Alterung der Gesellschaft lässt die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen steigen – so, wie es schon seit längerem angenommen

wurde. Der Fachkräftemangel in sozialwirtschaftlichen Einrichtungen gilt einer aktuellen Umfrage zufolge schon heute als Wachstumshemmnis Nummer eins. Wir gehen direkt in eine pflegerische Unterversorgung. Die Zahl der älteren, häufig pflegebedürftigen Menschen wird sich von heute 2,3 Millionen bis zum Jahr 2050 auf bis zu 4,8 Millionen erhöhen. Pflegeforscher sprechen von einem zusätzlichen Bedarf an Pflegekräften im Jahr 2050 zwischen 1,35 und 2,1 Millionen. Die Frage, wo all die Fachkräfte herkommen sollen, beschäftigt inzwischen auch die Medien. Seit Jahren weist der DEVAP auf diese Entwicklung hin. Insofern begrüßen wir, dass Fachkräften mit ausländischen Abschlüssen die Anerkennung erleichtert werden soll, wie das Bildungsministerium es aktuell plant.

Um eine Angebotslücke in dieser Dimension zu bekämpfen, reichen Einzelmaßnahmen jedoch keinesfalls aus. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die den Beruf attraktiver machen – sowohl für Fachkräfte als auch für potenziellen Nachwuchs. Darüber hinaus gilt es dafür zu sorgen, dass hiesige Mitarbeitende aufgrund von ungünstigen Arbeitsbedingungen nicht in besser bezahlende Nachbarländer abwandern. Wir können es uns nicht länger leisten, den Kern des Problems zu umgehen – die mangelnde Refinanzierung der Pflege. Dies ist Gesellschaft und Politik bekannt und muss endlich offensiv angegangen werden.

Ihre

Renate Gamp

## Pflege-TÜV

# Keine Schnellschüsse

Anlässlich des Starts des „Pflege-TÜVs“ vor einem Jahr fordern im Moment viele Stimmen zügige Verbesserungen des Instruments. „Zügige Veränderungen oder echte Verbesserungen? Es ist verständlich, beides einzufordern, funktioniert jedoch bei dieser Aufgabe nicht“, kommentiert Wilfried Voigt, Vorsitzender des Deutschen Evangelischen Verbands für Altenarbeit und Pflege e. V. (DEVAP). „Aussagekräftige Verbesserungen innerhalb dieses komplexen Verfahrens zu entwickeln erfordert ein sorgfältiges, fundiertes Vorgehen.“

Die Verhandlungspartner, die das jetzige System vereinbart haben, tagen seit einiger Zeit mit dem Ziel, die Transparenzvereinbarungen und die Qualitätsprüfungsrichtlinien zu überarbeiten. Sie sollen ihre Arbeit bis Ende des Jahres beendet haben. „Die Überarbeitung der Transparenzvereinbarungen begrüßen wir ausdrücklich“, so Voigt. „Es ist wichtig, ein für alle Seiten zufrieden stellendes System zu entwickeln. Der gesetzliche Auftrag, Transparenz in der Altenpflege zu schaffen, muss endlich wirklich umgesetzt werden. Bürger sollen sich über die Qualität und das Angebot eines Heims oder eines Pflegedienstes informieren können, und zwar in aussagekräftiger Form.“

„Um echte Lösungen zu finden, ist es wesentlich, den Verhandlungspartnern über den Jahreswechsel hinaus Zeit zu geben, um wissenschaftliche Erkenntnisse umsetzen zu können“, fordert Voigt. „Das erst im Dezember erwartete Ergebnis der wissenschaftlichen Expertise zur ‚Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zur Beurteilung der Ergebnisqualität‘ muss einbezogen werden, ebenso wie die Ergebnisse einer im Juli veröffentlichten Evaluation.“

Pressemitteilung vom 10. September 2010

Fortsetzung von Seite 1

## Fachausschuss „Stationäre Altenhilfe“



Dr. Harald Pfannkuch, Diakoniewerk Essen gGmbH, René Sossau, Rummelsberger Dienste gGmbH, Schwarzenbruck, Wilfried Wesemann, Evangelisches Johannesstift, Berlin, Dieter Hanke, Ev. Verband für Altenarbeit im Diakonischen Werk Rheinland-Westfalen-Lippe, Friedhelm Menzel, Diakonisches Werk Hessen-Nassau e.V., Thomas Tweer, Stiftung Diakoniewerk Kropp, und Gabriele Warschau, Johanniter Seniorenhäuser GmbH, Berlin.

## Fachausschuss „Ambulante pflegerische Dienste“



Beate Linz, Diakonie in Düsseldorf e. V., Sebastian Wirth, Ev. Fachverband Ambulante Pflege im Diakonischen Werk Rheinland-Westfalen-Lippe, Helmut Schapper, Diakonisches Werk Mecklenburg e.V., Silvana Radicione, Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Axel Stellmann, Diakonisches Werk Oldenburg e.V., Ralf Labinsky, Diakonisches Werk Schleswig-Holstein e.V. und Alfred Jung, Diakoniegesellschaft Waldeck-Frankenberg mbH.

## Fachausschuss „Gemeinwesen-orientierte Altenarbeit“

Rolf Schlagmann, Stadtmission Zwickau e.V., Christine Lasch, Diakoniezentrum Bethesda, Eisenberg/Thüringen, Burkhard Batze, EVAP im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Gabriele Trull, Arbeitsgemeinschaft Evangelische Krankenhaus-Hilfe e.V., Christa Stelling, Ev. Verband für Altenarbeit im Diakonischen Werk Rheinland-Westfalen-Lippe, und Beate Steinke, Johannes Senioren Dienste gGmbH, Köln.

## Fachausschuss „Aus-, Fort- und Weiterbildung“



Birgit Voß, Ev. Altenpflegeschule e.V., Oldenburg, Arnim Borowski, Diakonisches Aus- und Fortbildungszentrum Hofgeismar, Uwe Machleit, Evangelische Akademie Augusta, Bochum, Barbara Matina, Bildungszentrum St. Johannisstift, Paderborn, Gela Spöthe, Johanniter-Akademie Münster, Martina Werner-Ritzel, Ev. Altenpflegeschulen GmbH, Darmstadt und Evelyn Lukas-Nülle, Diakoniewerk Osnabrück gGmbH.

Gemäß der neuen Satzung werden die Fachausschüsse ihre Vorsitzenden in ihren ersten Sitzungen wählen. Die Fachausschuss-Vorsitzenden sind Mitglieder des Vorstands.

Geborene Vorstandsmitglieder sind der Zentrumsleiter „Gesundheit, Rehabilitation und Pflege“ im Diakonischen Werk der EKD, Klaus-Peter Stenzig, sowie die Vertreterin des Evangelischen Fach- und Berufsverbands für Pflege e.V., Ulrike Döring. Zusätzlich können vom Vorstand noch bis zu drei Mitglieder in den Vorstand, bzw. jeweils in die Fachausschüsse berufen werden. Darüber wird in der ersten Sitzung des neuen Vorstands beraten.

Interessierte finden auf der Homepage des DEVAP ([www.devap.de](http://www.devap.de)) die Berichte der Ausschüsse über ihre Aktivitäten im zurückliegenden Jahr sowie eine Bildergalerie der Versammlung.



## Interview mit Renate Gamp

# „Das wichtigste Ziel: Den Fachkräftemangel bekämpfen“

Der DEVAP hat eine neue Vorsitzende. Am 29. September wählten die Mitglieder des Deutschen Evangelischen Verbands für Altenarbeit und Pflege e. V. Renate Gamp an die Verbandsspitze. „DEVAP impuls“ interviewt die neue Stimme des DEVAP zu Ihren Zielen und Positionen.

**DEVAP impuls: Frau Gamp, die Mitglieder des DEVAP haben Sie mit einer überwältigenden Mehrheit zur neuen Vorsitzenden gewählt. Was sagen Sie dazu?**

Ich freue mich sehr über das in mich gesetzte Vertrauen und bedanke mich herzlich bei den DEVAP-Mitgliedern für diese Entscheidung. Für mein Engagement im DEVAP ist es wichtig, dass sich durch die vernetzten Strukturen von Landesverbänden und diakonischen Unternehmen der Altenhilfe gute Voraussetzungen für wirksame gesellschaftspolitische Positionierungen bieten. Die diakonische Altenhilfe braucht eine starke Stimme, um für bessere Rahmenbedingungen eintreten zu können. Ge-

tet und eine eigene psychotherapeutische Praxis geführt. Im DEVAP engagiere ich mich bereits seit längerer Zeit: Vor fünf Jahren bin ich in den Vorstand gewählt worden. Seit 2007 bin ich Mitglied des geschäftsführenden Vorstands und 1. stellvertretende Vorsitzende.

**Mit Ihnen hat der DEVAP zum ersten Mal in der Verbandsgeschichte eine Frau an die Spitze gewählt. Was denken Sie darüber?**

Bereits die Frage ärgert mich... Natürlich war es an der Zeit für eine weibliche Repräsentantin der Altenhilfe, da das Arbeitsfeld überwiegend von Frauen besetzt ist. Auf



rade jetzt, in einer beginnenden Debatte um eine neue Pflegereform, müssen wir Praktiker uns zu Wort melden und zum Wohl der pflegebedürftigen Menschen die politischen Entscheidungsprozesse intensiv begleiten.

**Würden Sie sich unseren Lesern kurz vorstellen?**

Seit über zehn Jahren bin ich Geschäftsführerin des Bereichs „Altenhilfe, Wohnen, Sozialpsychiatrie, Suchthilfe“ der Norddeutschen Gesellschaft für Diakonie in Rendsburg (NGD). Die NGD ist ein dezentrales diakonisches Dienstleistungsunternehmen im norddeutschen Raum mit ca. 4200 Mitarbeitenden. Nach dem Studium der Diplompsychologie in Kiel habe ich mehrere Einrichtungen sowie eine Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen geleit-

et und eine eigene psychotherapeutische Praxis geführt. Im DEVAP engagiere ich mich bereits seit längerer Zeit: Vor fünf Jahren bin ich in den Vorstand gewählt worden. Seit 2007 bin ich Mitglied des geschäftsführenden Vorstands und 1. stellvertretende Vorsitzende.

der anderen Seite finde ich es erschreckend, dass Frauen in Führungspositionen doch noch so etwas Besonderes sind. Ich wünschte mir, dass das anders wäre. Warum die Situation so ist, hat viele Gründe. Die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt immer noch das größte Problem für die Entscheidung dar, sich über das normale Maß hinaus zu engagieren. Möglicherweise hat die nächste Generation es besser; Väter wollen zunehmend auch ihren Beruf mit der Familie, mit ihren Kindern vereinbaren.

**Wo sehen Sie die Potenziale der diakonischen Altenhilfeeinrichtungen?**

Aus meiner Sicht ist es sehr wichtig, im Zusammenhang mit Pflege-Themen nicht immer und zuallererst die Probleme zu nen-

## DEVAP-Fachtag

# Im Fokus: Quartierskonzepte

Die Tagung mit dem Titel „Lebensräume aktiv gestalten – Lebensqualität erhalten“ findet am 1. Dezember 2010 in Frankfurt statt. Das Thema „quartiersbezogene Konzepte“ ist stark nachgefragt. Altenhilfeeinrichtungen erkennen zunehmend, dass die Zukunft in einem verstärkten Bezug auf ihr Umfeld liegt und erweitern ihren Blick. Sie beteiligen sich an der altersgerechten Neu- und Umgestaltung von Quartieren oder entwickeln auf die Bedürfnisse der Bürger zugeschnittene Projekte.

Viele interessieren sich für diesen Ansatz und würden gern das Gemeinwesen im Dorf, in der Kommune oder im Stadtteil mitgestalten. Doch wie schafft man es, solche Prozesse anzuregen? Und wie lässt sich die Finanzierung gestalten?

Der Fachtag ist bewusst praxisnah gehalten und gibt Antworten auf die aufgeworfenen Fragen. Es kommen Referenten aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern zu Wort, die ihre Einrichtung bereits geöffnet haben und von ihren Erfahrungen berichten. So stellt sich eine trägerübergreifende Initiative vor, ein Verbund für Altenhilfe, Behindertenhilfe und Geriatrie. Außerdem haben in einer kleinen württembergischen Gemeinde verschiedenste Akteure ein Netzwerk gegründet, das bereits seit 2005 erfolgreich soziale Aufgaben koordiniert. Auch ein Bürgermeister einer ländlichen Kommune ist eingeladen, der mit einem Altenhilfeträger an einem Zukunftsmodell für altengerechte Wohnquartiere arbeitet.

Zur Klärung von Umsetzungsfragen trägt eine Expertin des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA) bei. Professor Dr. jur. Thomas Klie von der Evangelischen Hochschule Freiburg wird darstellen, welche Rolle den Kommunen bei der Gestaltung der Anforderungen des demografischen Wandels zukommt.

**Die Teilnahmegebühr des DEVAP-Fachtags beträgt 75,- Euro.**

**Weitere Infos und Anmeldeformulare sind im Internet auf der Homepage [www.devap.de](http://www.devap.de) erhältlich.**

## Bericht aus Berlin

# Liebe Leserin, lieber Leser,

„Wer prüft die Prüfer?“ Schaut man sich den Ländervergleich der Daten-Clearing-Stelle, die für die Veröffentlichung der Pflegetransparenzberichte zuständig ist, an, ist man irritiert – je nach Bundesland fallen die Ergebnisse sehr unterschiedlich aus. Die Landesdurchschnittsnoten reichen bei ambulanten Einrichtungen von 1,2 bis 2,8. Im stationären Bereich ist das Spektrum ähnlich breit: Hier differieren die Noten von 1,2 bis 2,3. Müssen wir uns eigentlich vorstellen, können wir wirklich glauben, dass alle Einrichtungen in einem Bundesland so viel besser arbeiten, so viel mehr Qualität bieten als alle Einrichtungen in einem anderen Bundesland? Oder ist nicht vielmehr ein unterschiedliches Vorgehen der Prüfer der Grund für diese erheblichen Diskrepanzen? Das Monitoring-Verfahren der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAG FW) hat jedenfalls eklatante Mängel bei den MDK-Prüfungen aufgezeigt.

Endlich wird sie gestellt, die Frage, „Wer prüft die Prüfer?“. Aber – wer prüft denn nun die Prüfer?

Auf das Defizit hingewiesen, erklärte der zuständige Medizinische Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen (MDS), dass bereits länderübergreifende Prüfungen stattfinden, d. h., dass Prüfer zwischen den Ländern ausgetauscht werden. Auf Nachfrage stellte sich allerdings heraus, dass dies nicht der Regelfall, sondern die Ausnahme ist. Eine wirkliche Verbesserung der Situation ist nur zu erreichen, wenn die gemeinsame und damit gegenseitige Prüfung der verschiedenen MDKs der Regelfall wird und sich so im Laufe der Zeit bundesweite Standards entwickeln. Um die Transparenzberichte wirklich vergleichbar zu machen, ist dies der einzige Weg.

Es grüßt Sie herzlich  
Imme Lanz

nen, sondern die Stärken zu sehen. Das gilt besonders für die diakonische Altenhilfe. Sie weist ein enormes Engagement auf – so auch in der Frage, wie sich die Qualität der Arbeit sicherstellen lässt. Seit langem streiten wir für eine echte, aussagekräftige Transparenz der Pflegequalität. Transparenzberichte sollen Betroffenen und Angehörigen Orientierung bringen, anstatt nur über die Qualität der Dokumentation Auskunft zu geben. Wir wollen transparent machen, wie unsere Arbeit wirklich ist. Eine weitere Stärke liegt darin, dass wir uns verändert haben: weg von rein stationären Angeboten, hin zu differenzierten, wohnortnahen Angeboten, Netzwerken und Kooperationen, hin zu einem „Hilfe-Mix“, der den Menschen ermöglicht, auch bei Pflegebedürftigkeit zu Hause wohnen zu bleiben. Bei dem Zukunftsthema Quartierskonzepte und Mitgestaltung eines altersgerechten Gemeinwesens liegen diakonische Einrichtungen weit vorn. Einige haben bereits mit verschiedenen Partnern beispielhafte Modellprojekte auf den Weg gebracht.

### ...und wo sehen Sie Probleme?

Das Grundproblem der Pflege ist die mangelnde Refinanzierung. Dies ist Gesellschaft und Politik bekannt und muss endlich angegangen werden. Wir halten eine leistungsgerechte tarifliche Entlohnung für unverzichtbar. Durch die Anerkennung der realen Personalkosten muss diese auch bei den Kostenträgern in Pflegesätzen und Vergütungen Berücksichtigung finden. Der Mindestlohn für Pflegehilfskräfte war ein erster Schritt für Entgelt-Mindeststandards. Die Lohnuntergrenze darf von den Pflegekassen keinesfalls als maximale Grenze der Kostenerstattung gesehen werden. Vielmehr müssen die Tarife diakonischer Einrichtungen, die noch zusätzliche Leistungen enthalten, Grundlage für die Erstattung ihrer Kosten werden. Die Politik muss erkennen, dass das Aufrechterhalten einer qualitativ guten und den Bedarf sichernden Pflege und Betreuung gefährdet ist. Gleichzeitig muss sie wahrnehmen, dass Träger der Diakonie nicht selten auch als größter Arbeitgeber vor Ort Verantwortung tragen und auch Mitarbeitende in der Pflege ihren Teil zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.

Alles läuft auf die Frage hinaus: Wie bewerten wir die Arbeit, die Menschen für Menschen tun, insbesondere für ältere Menschen? Dieses Thema wird von der Politik häufig im Munde geführt. Aber die Anschlussfrage, wie sich eine auskömmliche Finanzierung konkret gestalten lässt, wird abgekoppelt. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir sehr, dass die Politik nun das Thema Pflege auf die Agenda des kommenden Jahres gesetzt hat. Wir werden diesen Prozess intensiv begleiten.

### Für welche Ziele möchten Sie sich als Vorsitzende prioritär einsetzen?

Das dringendste Thema ist für mich das Bekämpfen des akuten und wachsenden Fachkräftemangels. Dem muss unbedingt mit einem Bündel an Maßnahmen begegnet werden, zuallererst durch das attraktivere Gestalten und das Fördern der pflegerischen Ausbildung. Die Politik und die Medien haben die desolate Lage inzwischen erkannt, das ist ein erster Schritt. Allerdings ist die Situation zum Beispiel in manchen Regionen Deutschlands so gravierend, dass bereits Fachkraftquoten gesenkt werden mussten. In München können kaum noch geeignete Mitarbeiter gefunden werden, da sie von ihrem Gehalt die hohen Lebenshaltungskosten der Großstadt nicht bezahlen können. Die Suche nach Personal wird sich noch weiter erschweren, da in der Wirtschaft insgesamt mit einem zunehmenden Arbeitskräftemangel gerechnet wird. Das zweite drängende Thema ist aus meiner Sicht die Weiterentwicklung der Transparenzberichte in der Pflege. Die Transparenzvereinbarungen und die Qualitätsprüfungsrichtlinien müssen so gestaltet werden, wie sie ursprünglich beabsichtigt waren: als Bericht über die Ergebnisqualität, nicht über die Dokumentationsqualität.

### Welche Themen stehen außerdem auf Ihrer Agenda?

Zu den vordringlichen Themen gehört die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Lange war es still um die Vorschläge des noch von der Vorgängerregierung eingesetzten Beirats zur Überprüfung des geltenden Pflegebegriffs. Jetzt wird die Diskussion wieder aufflammen. Das Einbeziehen des Hilfebedarfs demenzkranker Menschen hält der DEVAP für längst überfällig. Daher fordern wir die Umsetzung des neuen Pflegebegriffs. Aber der Knackpunkt bleibt die Finanzierung der Neuerung: Die Zahl der Anspruchsberechtigten auf Pflegeversicherungsleistungen wird sich durch die neue Gruppe erheblich erhöhen. Deshalb ist eine kostenneutrale Umsetzung, wie aus den Reihen der Politik oft gefordert, schlicht unrealistisch – es sei denn, die Leistungen für alle Pflegebedürftigen werden gesenkt oder Leistungen werden zu Lasten von anderen Leistungsberechtigten umgeschichtet. Das darf nicht passieren! Deshalb fordern wir, dass mehr Geld in den Topf der Pflegeversicherung fließt.

### Welche Rolle spielen diakonische Altenhilfeeinrichtungen im Pflegemarkt heute und in Zukunft?

Diakonische Träger repräsentieren heute über 20 Prozent der Altenhilfe und Pflege

in Deutschland. Sie nehmen damit eine starke Position im Pflegemarkt ein und werden auch weiterhin eine wesentliche Rolle spielen. Nach wie vor sind sie Garanten für Haltung, Einstellung und Sorgsamkeit. Das wird so bleiben.

### Was werden die pflegepolitischen Hauptthemen des nächsten Jahres sein?

Unionsfraktionschef Volker Kauder hat für das kommende Jahr eine Reform der Pflegeversicherung angekündigt. Noch in diesem Jahr soll eine Arbeitsgruppe mehrerer Ministerien tätig werden, um die Reform der Pflegeversicherung einschließlich einer

besseren Finanzausstattung vorzubereiten. Diese neue Baustelle der Regierung wird die pflegepolitische Diskussion im nächsten Jahr beherrschen. Daneben werden wir uns auch weiterhin mit den Pflegepartnersparatenvereinbarungen beschäftigen. Auch die Gestaltung eines attraktiven, zukunftsweisenden Berufsbilds durch die Zusammenführung der Pflegeausbildungen wird 2011 ein großes Thema sein.

### Interview: Heike Wehrbein

## Schiedsstelle Qualitätssicherung

### Ergebnisse der ersten Sitzung

Seit Anfang 2009 wurden die Maßstäbe und Grundsätze zur Sicherung und Weiterentwicklung der Pflegequalität nach § 113 SGB XI (MuG) (ehemals Grundsätze und Maßstäbe nach § 80 SGB XI) für die ambulante und stationäre Pflege zwischen den Vertragsparteien in der Pflegeselbstverwaltung neu vereinbart. Die Vereinbarungen umfassen auch die Anforderungen an die Zuverlässigkeit, die Unabhängigkeit und die Qualifikation von Prüfinstitutionen und unabhängigen Sachverständigen nach § 114 Abs. 4 SGB XI sowie an die methodische Zuverlässigkeit von Zertifizierungs- und Prüfverfahren. Der größte Teil der Themen konnte in Verhandlungen abgearbeitet werden. Für die noch offenen strittigen Positionen haben die Vereinbarungspartner gemeinsam die Schiedsstelle Qualitätssicherung nach § 113b SGB XI angerufen, diese trat im August 2010 zum ersten Mal zusammen.

In der ersten Sitzung konnten nur die Maßstäbe und Grundsätze zur Sicherung und Weiterentwicklung der Pflegequalität nach § 113 SGB XI (MuG) für die stationäre und die ambulante Pflege geeint werden. Die Themen Anforderungen an die Zuverlässigkeit, Unabhängigkeit und Qualifikation von Prüfinstitutionen und unabhängigen Sachverständigen nach § 114 Abs. 4 SGB XI sowie an die methodische Zuverlässigkeit von Zertifizierungs- und Prüfverfahren stehen noch aus und müssen in einer weiteren Sitzung der Schiedsstelle bearbeitet werden.

### Wichtige Ergebnisse

In der Schiedsstelle wurde entschieden, dass in den Präambeln der beiden Vereinbarungen festgehalten wird, auf welche untergesetzlichen Regelungen die MuG Anwendung finden. Besonders wichtig war hier dem DW EKD wie den anderen Wohlfahrtsfahrtsverbänden, dass auch auf die entsprechenden Vergütungs- und Pflegegesetzvereinbarungen Bezug genommen wird. Dies konnte erreicht werden. Daneben wurde durch die Aufnahmen eines neuen Satzes 2 in der Präambel der Bezug hergestellt, dass es sich um eine Weiterentwicklung der bisherigen Vereinbarungen handelt. Die Pflegekassenverbände und die Sozialhilfeträger forderten die verpflichtende

Aufnahme einer Einführungsschulung für Hilfskräfte. Das DW EKD und die anderen Leistungserbringerverbände sahen hier keine Regelungsnotwendigkeit auf der Bundesebene. Die Schiedsstelle hat eine Regelung zu einer Einführungsschulung abgelehnt. Sie hält ein Einarbeitungskonzept für alle Mitarbeitenden in der Pflege und Betreuung für zielführender.

### Dissens: Hauswirtschaftliche Versorgung

Ein großer Dissenspunkt im stationären Bereich war die hauswirtschaftliche Versorgung. Die Schwerpunktsetzung des SGB XI liegt auf der Pflegequalität. Deshalb hielten die Verbände der Leistungserbringer das Geschehen zur Hauswirtschaft in den Maßstäben und Grundsätzen nur eingeschränkt für vereinbarungsrelevant und lehnten die Aufnahme eines sehr umfangreichen Kapitels ab. Die Leistungsträger stellten dagegen sehr hohe Anforderungen und Vorgaben zur Hauswirtschaft. Dazu legten die Leistungserbringerverbände (ohne den Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe e.V. (vdab)) einen Kompromissvorschlag vor, der die MuG an die Reichweite der Qualitätsprüfungen und die Diktion der Landesrahmenverträge anpasst und sie auf Leistungen der Unterkunft und Verpflegung begrenzt. Der Kompromiss des

## Fachkräftemangel

### Berufsbild muss aufgewertet werden

Den Vorschlag von Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem Fachkräftemangel in der Pflege durch den Einsatz von Langzeitarbeitslosen entgegenzuwirken, hält Wilfried Voigt, Vorsitzender des Deutschen Evangelischen Verbands für Altenarbeit und Pflege (DEVAP), nicht für sinnvoll. „Seit geraumer Zeit gibt es in unregelmäßigen Abständen Äußerungen von verschiedenen Politikern, dass Menschen, die Hartz IV beziehen, in der Pflege als Lückenfüller herhalten sollen.“

„Nicht jeder ist für das Ausüben dieses anspruchsvollen Berufs geeignet. Dass jemand langzeitarbeitslos ist, qualifiziert ihn nicht automatisch dafür, mit älteren, überwiegend geistig und körperlich kranken Menschen umzugehen. Bei persönlicher Eignung können Arbeitslose als gering Qualifizierte beschäftigt werden, also als Pflegehilfskräfte, oder als zusätzliche Betreuungskräfte in stationären Pflegeeinrichtungen, insbesondere für an Demenz erkrankte Menschen. Aber in diesem Bereich liegt nicht das eigentliche Problem, denn im Bereich der Pflegehilfskräfte gibt es genügend Bewerber.“

„Was fehlt, sind ausgebildete Bewerber und Führungs- und Leitungspersonal. Hier ist der Markt leergefegt“, präzisiert Voigt. „Die fachlichen Anforderungen an das Handlungsfeld ‚Pflege‘ haben sich verändert. Mitarbeitende müssen sich mit neuen Aufgaben auseinandersetzen. Dafür müssen sie vielfältige Kompetenzen mitbringen, wie z. B. Management-Qualitäten, und sich umfangreiches medizinisches und sozialpflegerisches Wissen aneignen.“

Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für einen Pflegeberuf. Gründe sind laut Studien die mäßige Bezahlung und das negative Image. „Um den Fachkräftemangel zu entschärfen, braucht es entschlossene politische und gesellschaftliche Anstrengungen. Es ist zwingend erforderlich, den Pflegeberuf ideell und materiell aufzuwerten, um ihn als Ausbildungsberuf wieder attraktiver zu machen. Dazu gehört mehr gesellschaftliche Anerkennung, wie es in unseren Nachbarländern üblich ist, und eine auskömmliche Bezahlung.“

Pressemitteilung vom 8. September 2010

# Informationen rund ums Fundraising

Die neue Internetplattform heißt [www.fundraising-evangelisch.info](http://www.fundraising-evangelisch.info). Das Portal hält Informationen rund ums Fundraising für Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen vor.

Entwickelt und betreut wird die Website von der Fundraising Akademie in Frankfurt am Main im Auftrag der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Kooperation mit dem Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP).

„Auf die Besucher der Website warten kompakte Informationen zur Planung und Umsetzung von Fundraising. Konkrete Praxistipps gibt es zum Beispiel zur Einwerbung von Kollekten, zu Spendenbriefen und Stiftungsanträgen. Nutzer der Website erfahren außerdem, wie sie eine auf ihre Kirchengemeinde zugeschnittene Fundraising-Konzeption entwickeln, Zielgruppen definieren und das Fundraising in der Kirchengemeinde einführen können“, beschreibt Udo Hahn, Fundraising-Referent im Kirchenamt der EKD, das Angebot. Beispiele für gelungene Spendenaktionen aus Kirchengemeinden, zahlreiche Arbeitshilfen und Checklisten, Hintergrundwissen, Links, Literaturempfehlungen und aktuelle Fortbildungstermine runden das Portal ab.

„Der neue Online-Service will den aktuellen Trend in evangelischen Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen unterstützen. Diese betreiben immer häufiger aktives Fundraising, und viele von ihnen erzielen bereits beachtliche Erfolge. Hierzu beigetragen haben auch zahlreiche Qualifizierungsmaßnahmen im Fundraising, die von verschiedenen Landeskirchen seit Jahren für haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende angeboten werden. Mit der Entwicklung von [www.fundraising-evangelisch.info](http://www.fundraising-evangelisch.info) fördert die EKD Fundraising-Aktivitäten auf allen Ebenen“, so Hahn.

DW EKD und der anderen Leistungserbringerverbände (ohne vDab) zu den Leistungen der Unterkunft und Verpflegung anstatt der hauswirtschaftlichen Versorgung wurde von der Schiedsstelle uneingeschränkt angenommen.

Der Vorschlag der Leistungsträger, in die MuG Aussagen zu abschließbaren Fächern in der stationären Pflege aufzunehmen, wurde von der Schiedsstelle mehrheitlich abgelehnt, weil die Regelung der sächlichen Ausstattung keine gesetzlich zugewiesene Aufgabe der Vereinbarungen nach § 113 Abs. 1 Satz 1 SGB XI ist.

Darüber hinaus hat die Schiedsstelle festgelegt, dass Veränderungen des Pflegezustands aktuell (d.h. bis zur nächsten Übergabe) in der stationären Pflege zu dokumentieren sind. Im Bereich der stationären und der ambulanten Pflege wurde des Weiteren die Entscheidung getroffen, dass die ärztlich verordneten Leistungen nur zu dokumentieren sind.

### Streitpunkt: Prophylaxen

Einen großen Streitpunkt bildeten die Prophylaxen in der ambulanten Pflege. Hier wollten die Pflegekassen über die Pflegedokumentation die Pflegedienste zur Durchführung von Prophylaxemaßnahmen verpflichten, unabhängig von den mit dem pflegebedürftigen Menschen vereinbarten

Leistungen und trotz fehlender leistungsrechtlicher Grundlagen im SGB XI. Das DW EKD und die anderen Verbände der Leistungserbringer lehnten dies ab. Die Leistungen der Prophylaxen sind nach der Entscheidung der Schiedsstelle nun nur Bestandteil des Erstgesprächs und nicht der Pflegeplanung und -dokumentation. Der ambulante Dienst muss demnach beim Erstbesuch auch Risiken erfassen und die Möglichkeiten von vorbeugenden Maßnahmen bei Sekundärerkrankungen. Darüber hinaus wurde als Kompromiss gefunden, dass der ambulante Pflegedienst im Rahmen des Erstbesuchs über Prophylaxen berät.

Grundsätzlich können die Ergebnisse von jeder Vertragspartei beklagt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, dann werden die Maßstäbe und Grundsätze zur Sicherung und Weiterentwicklung der Pflegequalität nach § 113 SGB XI in der vollstationären Pflege und in der ambulanten Pflege voraussichtlich im November/Dezember 2010 im Bundesanzeiger veröffentlicht und danach in Kraft treten.

Erika Stempfle  
Diakonisches Werk der EKD, Berlin  
[stempfle@diakonie.de](mailto:stempfle@diakonie.de)

### Ergebnisqualität in der Pflege

## Ein Konzept mit Zukunft?

Das Pflegeversicherungsgesetz verlangt eine transparente und öffentlich zugängliche Beschreibung der Qualität von Pflegeeinrichtungen – insbesondere der Ergebnis- und Lebensqualität. Durch das Gesetz ist der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) beauftragt, wesentliche Aspekte des Pflegezustands und die Wirksamkeit der Pflege- und Betreuungsmaßnahmen zu prüfen. Damit hat der Gesetzgeber Ergebnisqualität als Anforderung an die Qualitätsprüfung und die Qualitätsberichterstattung in das Pflegeversicherungsgesetz geschrieben.

Die Autorinnen einer wissenschaftlichen Evaluation zur Beurteilung der Pflege-Transparenzvereinbarung kamen in ihrem im Sommer veröffentlichten Gutachten zu dem Ergebnis, dass lediglich zwei der insgesamt 64 Transparenzkriterien für stationäre Einrichtungen die Ergebnisqualität beschreiben. Im ambulanten Fragenkatalog konnten keine Ergebnisqualitätskriterien identifiziert werden. Die Autorinnen weisen allerdings darauf hin, dass pflegesensitive Indikatoren zum Messen von Ergebnisqualität nicht ausreichend entwickelt sind und somit nicht als Grundlage für die Transparenzkriterien berücksichtigt werden konnten.

### Berichterstattung – aber wie?

Es stellt sich die Frage: Wie kann eine zukünftige Qualitätsberichterstattung aussehen, die die Pflege- und Betreuungsqualität einer Einrichtung anhand von Indikatoren prüft, sie verständlich und vergleichbar bewertet und so dem Verbraucher einen Qualitätsvergleich zwischen den Einrichtungen ermöglicht? Aufgrund der Komplexität des Projekts konzentriert sich das Konzept der Ergebnisqualität zunächst auf die Pflege und die Betreuung in stationären Einrichtungen. In der häuslichen Pflege stellt das Prüfen von Ergebnisqualität, wegen der Verbindung zwischen der Pflege durch Angehörige und der Pflege des Pflegedienstes,

zusätzliche Anforderungen. Diese bedürfen einer speziellen Betrachtung.

### Standardisiertes Verfahren

Das Konzept der Ergebnisqualität will den Einfluss, den pflegerisches Handeln auf die Veränderungen der Gesundheit, die Pflegebedürftigkeit und die soziale Situation der Bewohner hat, messen und darstellen. Für die Messbarkeit von Veränderungen ist ein standardisiertes und allgemein gültiges Verfahren erforderlich, das in allen Einrichtungen in gleicher Weise Anwendung fin-



det. Will man beispielsweise den Einfluss der Pflege auf die Mobilität oder die Selbstständigkeit von Bewohnern messen und vergleichbar darstellen, braucht man dafür all-gemeingültige Definitionen von Kategorien der Selbstständigkeit und Mobilität. Allerdings sind nicht alle gesundheitlichen Veränderungen älterer Menschen pflegerisch beeinflussbar, so dass eine kritische Auswahl getroffen werden muss. Qualitativ bewertbar sind die Indikatoren nur, wenn sie mit den Ergebnissen anderer Einrichtungen verglichen werden.

Eine weitere Anforderung an Indikatoren für die Ergebnisqualität ist ihre wesentliche Beeinflussbarkeit durch die Mitarbeitenden der Einrichtung. Beispielsweise hängen die sozialen Kontakte wesentlich von den individuellen Verwandtschafts- und Freundschaftsbeziehungen und ebenso auch von der Kontaktbereitschaft und Kontaktfähigkeit ab. Die Einflussmöglichkeiten der Einrichtungen sind in diesem Beispiel eher gering. Vor allem aus methodischen, aber auch aus ethischen Gründen können nicht alle Ergebnisse der pflegerischen Versorgung erfasst und bewertet werden. Die Anforderungen (Messbarkeit und Beeinflussbarkeit durch pflegerisches Handeln) schränken die Auswahl geeigneter Indikatoren ein.

### Forschungsprojekt zur Ergebnisqualität

Das von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege angestoßene und vom BMG und BMFSFJ geförderte Projekt „Entwicklung und Erprobung von

Instrumenten zur Beurteilung der Ergebnisqualität in der stationären Altenhilfe“ entwickelt valide Instrumente zum Messen von Ergebnisqualität in der vollstationären Versorgung von pflegebedürftigen Menschen. Die Forschungsergebnisse werden zum Ende 2010 erwartet.

Streng genommen bietet nur das Erfassen einer Veränderung der Gesundheit und des Pflegebedarfs eine Möglichkeit zum Beschreiben der Ergebnisqualität. Die gegenwärtig in der Pflege-Transparenzberichterstattung angewandte Stichprobenprüfung

begünstigt eine zufallsbedingte Verfälschung der Qualitätsergebnisse. Für ein zukünftiges Prüfverfahren, das Ergebnisqualität erhebt und bewertet, ergeben sich zwei Anforderungen:

1. Es muss Entwicklungen und Veränderungen von Bewohnern nach verbindlichen Regeln erheben und dokumentieren.
2. Es muss alle Bewohner kontinuierlich und in regelmäßigen zeitlichen Abständen in die Erhebung einbeziehen.

Diese methodischen Anforderungen erfordern ein Prüfverfahren, das internes und externes Qualitätsmanagement sinnvoll miteinander verbindet und die interne Qualitätsentwicklung der Einrichtung weiter stärkt.

Das Forschungsprojekt zu Indikatoren der Ergebnisqualität ist ein erster wichtiger Schritt hin zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel im Qualitätsverständnis sowie der Prüfung als auch der Darstellung von Pflegequalität. Eine konsequente Umsetzung der Projektergebnisse stärkt das interne und externe Qualitätsmanagement und verändert das gegenwärtige System der Prüfung und Darstellung der Qualität grundlegend.

Manfred Carrier  
Diakonisches Werk der EKD e.V., Berlin  
carrier@diakonie.de

## Betreuung Sterbender

### Charta vorgestellt

Die Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland hat in den vergangenen 25 Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Immer noch aber werden viele Menschen von entsprechenden ambulanten und stationären Angeboten nicht erreicht; sie leiden unter Schmerzen und anderen belastenden Symptomen, wären lieber an einem vertrauten Ort und fühlen sich häufig an ihrem Lebensende alleingelassen.

Die Bedürfnisse schwerstkranker und sterbender Menschen standen im Mittelpunkt eines zweijährigen Arbeitsprozesses, den die Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin (DGP), der Deutsche Hospiz- und Palliativverband (DHPV) und die Bundesärztekammer (BÄK) im September 2008 in Gang gesetzt hatten. Rund 50 gesellschaftlich und gesundheitspolitisch relevante Institutionen haben jetzt am Runden Tisch die „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen“ verabschiedet.

Zu den Unterzeichnern gehören auch der Diakonische Bundesverband der EKD und das Diakonische Werk Bayern. Die Charta, die im Herbst in Berlin präsentiert wurde, zeigt in fünf Leitsätzen und ergänzenden Erläuterungen gesellschaftspolitische Herausforderungen auf, benennt Anforderungen an die Versorgungsstrukturen und die Aus-, Weiter- und Fortbildung, skizziert Entwicklungsperspektiven für die Forschung und misst den Stand der Betreuung schwerstkranker Menschen in Deutschland an europäischen Maßstäben.

Institutionen und Einzelpersonen haben die Möglichkeit, die Charta aktiv zu unterstützen – indem sie mit ihrer Unterschrift zeigen, dass sie Ziele und Inhalte der Charta mittragen und für diese eintreten. Unterschreiben können Interessenten im Internet unter [www.charta-zur-betreuung-sterbender.de](http://www.charta-zur-betreuung-sterbender.de).

## Neues Internetportal

### „Wegweiser Demenz“

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder hat vor kurzem das Internetportal „Wegweiser Demenz“ in Berlin freigeschaltet. Es bietet erstmals ein umfassendes Informations- und Unterstützungsangebot für Demenzkranke und ihre Angehörigen.

„Menschen mit Demenz brauchen besondere Zuwendung. Wir müssen den Erkrankten eine Stimme geben, pflegende Angehörige unterstützen und Ehrenamtliche in ihrem Engagement bestärken“, betont Bundesfamilienministerin Schröder. „Das A und O sind Angebote zur Prävention und zur Hilfe für bereits Erkrankte vor Ort. Das Internetportal „Wegweiser Demenz“ bietet dafür eine gute Grundlage. Gleichzeitig müssen wir die pflegenden Angehörigen unterstützen. Sie brauchen vor allem Zeit für diese Aufgabe - und die möchte ich ihnen mit der Familienpflegezeit geben“, so Kristina Schröder.

Das Portal [www.wegweiser-demenz.de](http://www.wegweiser-demenz.de) bietet:

- Informationen zu Therapie-, Pflege- und Hilfsangeboten, zu gesetzlichen Leistungen und den Rechten und Pflichten von Demenzkranken und ihren Angehörigen
- Videomaterial mit Beispielen für den Umgang mit der Krankheit
- Einen Weblog und Ratgeberforen für den Austausch und die Vernetzung der Nutzerinnen und Nutzer untereinander
- Die Datenbank „Hilfe in meiner Nähe“ mit Adressen, Öffnungszeiten und Ansprechpartnern der Anlaufstellen vor Ort, z. B. von Gesundheitsämtern, Pflegekassen oder Tagespflegeeinrichtungen.

## Schüler informieren über Pflegeberufe

### Altenpflegeschule bei „Care 4 life“

Im Treffpunkt des AMEOS-Klinikums Osnabrück fand Ende September 2010 die Veranstaltung „Care 4 life“ statt. Ziel war es, Interessierten den vielseitigen Bereich der Pflegeberufe näher zu bringen. Veranstaltet wurden die Pflegeaktionstage von der „AG Schülerakquise“, einem Zusammenschluss von Pflegeschulen des AMEOS-Klinikums Osnabrück, der Akademie des Klinikums Osnabrück, dem Berufsbildungswerkes Osnabrücker Land, der Berufsfachschule Altenpflege des Diakoniewerkes Osnabrück, des Diakonie-Klinikums Osnabrücker Land und des Christlichen Krankenhauses Quakenbrück.

Die Schüler der Berufsfachschule Altenpflege des Diakoniewerkes Osnabrück waren gleich mit sechs Klassen vertreten. Sie hatten sichtlich Spaß daran, ihre Ausbildung lebendig vorzustellen. Dass dies gelang, lag nicht zuletzt an den fantasievollen Aktivitäten/Aktionen, die sich die Schüler einfallen ließen. Die angehenden Altenpfleger und Pflegeassistenten hatten an drei Stationen

Stände aufgebaut, an denen die Besucher in Unterhaltungen verwickeln.“

Darüber hinaus gab es einen Informationsstand der Pflegeassistenten-Klasse, an dem die Schüler über ihre Ausbildung informierten sowie einen Informationsstand der Schule, an dem Lehrer Fragen zur Ausbildung beantworteten. Die Kreativität und



Betten aufgestellt und demonstrierten dort die Grundpflege und richtige Lagerung bettlägeriger Menschen, das Essen anreichen im Bett, oder das Verabreichen von intramuskulären Injektionen an einer Demopuppe sowie den Transfer vom Rollstuhl ins Bett und umgekehrt mit Hilfe eines sogenannten Lifters, einer speziellen, elektronischen Hebevorrichtung.

Doch nicht nur die Schüler waren in Aktion. Auch die Besucher nahmen aktiv am Geschehen teil und konnten zum Beispiel in die Rolle eines pflegebedürftigen Menschen schlüpfen und sich Essen anreichen lassen oder einer Gummipuppe Spritzen verabreichen. Die Leiterin der Altenpflegeschule, Evelyn Lukas-Nülle, führt aus: „Anhand selbst gebastelter Plakate werden die einzelnen Stationen erläutert. Darüber hinaus beantworten die Pflegeschüler die Fragen der interessierten Besucher. Ein weiteres Highlight ist sicherlich der „Walking Act“, bei dem sich die Altenpflegeschüler des Diakoniewerkes als alte Menschen mit Demenz verkleiden und gemeinsam mit als Pflegern gekleideten Mitschülern über die Veranstal-

die Begeisterung der Schüler äußerten sich jedoch vor allem in dem selbstgetexteten „Care-4-life“-Song, mit der Melodie des bekannten Titels „Life is life“, den die Schüler mehrmals an den drei Tagen zum Besten gaben. Auch die anderen beteiligten Schulen hatten Aktionen vorbereitet. Zusätzlich waren noch weitere Aussteller und Sponsoren vor Ort, die sich an Ständen präsentierten, mit dem Ziel, die Vielfalt des Themas „Pflege“ darzustellen. So war zum Beispiel auch die Agentur für Arbeit mit einem Stand vertreten, um interessierte Jugendliche über Berufsaussichten im Pflegebereich zu informieren.

Die Besucher und die beteiligten Schüler waren gleichermaßen von der Veranstaltung begeistert: „Ich wurde von vielen Besuchern darauf angesprochen, dass sie einen neuen Einblick in Pflegeberufe erhalten hätten. Auch unseren Schülern hat die Veranstaltung großen Spaß gemacht und sie möchten so etwas gern noch einmal machen, eventuell im Rahmen unseres Tages der offenen Tür“, erläutert Lukas-Nülle.



# Pilotprojekt quartiersorientierter Arbeit wächst

Das Thema „Leben und Wohnen im Quartier“ erfährt im Moment eine große Nachfrage. Dies gilt auch für die DEVAP-Broschüre gleichen Namens. Eines der im Heft vorgestellten Vorreiter-Projekte ist „SoNO“, eine Selbsthilfeorganisation im badischen Ortenberg. Das „Soziale Netz Ortenberg“ will Leistungen zur Beseitigung von Defiziten im sozialen Bereich organisieren und anbieten. Seit dem Erscheinen der Broschüre 2009 gibt es große Fortschritte zu verzeichnen. Zeit für eine Zwischenbilanz durch den Initiator selbst, den ehemaligen Pfarrer der dortigen Evangelischen Auferstehungskirche.



Das Projekt entwickelt sich ebenso erfreulich wie rasant. Inzwischen haben Kirchen und Kommunalgemeinde gemeinsam die Herausforderungen erkannt, vor der eine alternde Gesellschaft steht. Im Sommer 2009 wurde nach allerhand „Runden Tischen“ und Bürgerforen ein Verein gegründet. Es folgten infrastrukturelle Vorbereitungen, Besuche bei vergleichbaren Projekten und das Herausgeben eines Informations-Flyers. Im Winter startete das „Soziale Netz Ortenberg“, zunächst mit ambulanten Angeboten. Dabei stießen die Mitarbeiter, vorbereitet durch „Paten“ aus Eichstetten am Kaiserstuhl, teilweise auf dörfliche Reserviertheit. Doch haben sich bereits jetzt schon die Beharrlichkeit in der Öffentlichkeitsarbeit sowie das Veranlassen eines weiteren Bürgerforums ausgezahlt. Die Nachfrage im ambulanten Unterstützungsbereich ist in letzter Zeit derart gestiegen, dass der Verein kaum mit der Rekrutierung von neuen Helfer/-innen nachkommt.

Was sich bei alledem sehr bewährt, ist die von Anfang an sehr erfreuliche und kooperative Beziehung zu der evangelischen und der katholischen Sozialstation. Das ist sehr viel wert. So bekam „SoNo“ etwa für die Ersteinladung zum „Erzähl-Café im Schlossbergstüble“ die erste Seite im Amtsblatt zur Verfügung gestellt. Von überall her kommen engagierte Menschen, die bereit sind mitzumachen - nach dem Motto: „Endlich gibt's hier in Ortenberg so was ...“

Zum Konzept gehört, dass Leistungen grundsätzlich nicht unentgeltlich angeboten werden. Dass die bürgerschaftlich organisierten Dienste auch ihren Preis haben, wirkt sich gut aus, wenn es auch für manche Ortenberger noch gewöhnungsbedürftig. Andererseits sind viele dankbar für die Möglichkeit eines Zuverdienstes.

Auch das „Erzähl-Café“ ist gut angelaufen, das wöchentlich stattfindet und in den Räumen der vom Turnverein nur abends genutzten Wirtschaft einen Platz gefunden hat. Es ist gelungen, eine „gesunde Mischung“ von zehn bis fünfzehn Gästen zusammenzubringen: zu Spiel, Sitzgymnastik, Gedächtnistraining, Singen, Vorlesen, Geselligkeit. Eine Erzieherin und eine Übungsleiterin im Seniorenturnen bringen mit Engagement und guten Ideen viel Leben in die Veranstaltungen.

Derzeit läuft ein Qualifizierungskurs „Hausliche Pflege“, eigens für SoNO-Mitarbeitende eingerichtet, geleitet von den beiden Leitungskräften der im Ort tätigen Sozialstationen. In Kooperation mit dem Ökumenischen Institut für Pflegeberufe in der Ortenau gGmbH wird ab Mitte November eine Seminarreihe zur Betreuung von Menschen mit Demenz angeboten. Folgen soll schließlich noch ein „Erste-Hilfe-Kurs“ in Zusammenarbeit mit dem DRK. Damit wären im Hinblick auf die Qualifizierung die Voraussetzungen für die Anerkennung durch

# „Von Fall zu Fall“

Ethische Fallbesprechungen gewinnen auch in der Pflege zunehmend an Bedeutung. Zum einen treten im Pflegealltag immer wieder schwierige Situationen auf, in denen moralische Probleme geklärt werden müssen. Zum anderen wird die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen bei der Beratung über ethische Probleme noch immer zu wenig gehört.

Das Kennenlernen und Erproben verschiedener Methoden der Fallbesprechung kann hilfreich sein, um im eigenen Arbeitsbereich zu ethischer Reflexion anzuregen, neue Handlungsalternativen zu entdecken und neue Formen der Mitwirkung an ethischen Entscheidungen zu entwickeln.

Ziele des Seminars sind unter anderem, die ethischen Fragen mit ihren persönlichen und institutionellen Dimensionen am Beispiel von Ernährung in Grenzsituationen bewusst zu machen und zur Sprache zu bringen, Kompetenz für die Klärung von Konflikten im Umfeld von Essen und Trinken zu vermitteln sowie das Einüben von Fallbearbeitungen im Unterricht und der pflegerisch-ärztlichen Praxis.

Das Seminar richtet sich vornehmlich an Lehrende und Leitende stationärer und ambulanter Pflegeeinrichtungen, die mit diesen Fragen zu tun haben, sie im Unterricht vermitteln und zu ihrer Lösung in den Institutionen beitragen möchten.

Veranstalter ist das Zentrum für Gesundheitsethik an der Evangelischen Akademie Loccum in Hannover in Kooperation mit der Arbeitsgruppe „Pflege und Ethik“ an der Akademie für Ethik in der Medizin, Göttingen.

Die Veranstaltung findet am 2. und 3. Dezember 2010 im Hanns-Lilje-Haus in Hannover statt. Das ausführliche Programm ist auf der Homepage des ZfG ([zfg@evika.de](http://zfg@evika.de)) zu finden.

## Förderung für 37 Projekte

# Menschen mit Demenz in der Kommune

Eine halbe Million Euro stellt die Robert Bosch Stiftung für die Neuauflage des Förderprogramms „Menschen mit Demenz in der Kommune“ zur Verfügung. Für 37 Projekte, die das Thema Demenz in einem zivilgesellschaftlichen und kommunalen Rahmen aufgreifen, gibt es jeweils bis zu 15.000 Euro Förderung. Unter den Gewinnern sind viele „demenzfreundliche Kommunen“ und Regionen. Auch das Kieler Projekt „Kulturpaten für Menschen mit Demenz“ des Diakonischen Werkes Altholstein GmbH ist ausgewählt worden.

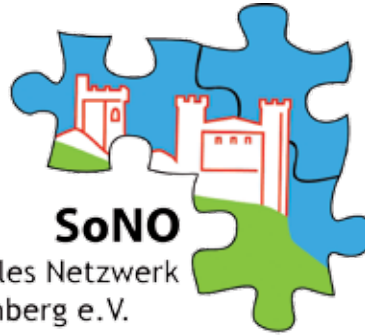
Die Initiativen setzen auf alltagspraktische Hilfe und die Begegnung zwischen Menschen mit und ohne Demenz. Oberstes Ziel ist die Verbesserung der Teilhabe am kommunalen Leben.

„Bei insgesamt 234 Einsendungen ist die Auswahl nicht leicht gefallen und wir hoffen, dass auch die Projekte, die nicht ausgewählt wurden, Mittel und Wege finden, ihre Vorhaben umzusetzen“, so Verena Rothe, Programmkoordinatorin der Aktion Demenz e.V.

Die bundesweite Initiative hat bereits zum zweiten Mal die Durchführung des Programms der Robert Bosch Stiftung übernommen. „Das rege Interesse in allen Teilen Deutschlands werten wir als ein positives Signal und als Bestätigung des zivilgesellschaftlichen Ansatzes. Eine Verbesserung der Situation von Menschen mit Demenz kann gelingen, wenn wir als Kommunalvertreter und Bürger, Profis und ehrenamtlich Engagierte in Städten und Gemeinden gemeinsam die Verantwortung für ein gedeihliches Zusammenleben übernehmen“, so der erste Vorsitzende der Aktion Demenz, Professor Reimer Gronemeyer.

Weitere Informationen zu den geförderten Projekten und zum Förderprogramm sind im Internet unter [www.aktion-demenz.de](http://www.aktion-demenz.de) oder [www.bosch-stiftung.de/demenz](http://www.bosch-stiftung.de/demenz) zu erhalten.

das Landratsamt erfüllt. Die Anerkennung benötigt das Projekt für neue Pläne: Eine Tagesbetreuung soll eingerichtet werden,



SoNO  
Soziales Netzwerk  
Ortenberg e.V.

insbesondere für demenzkranke Menschen. Geeignete Räumlichkeiten sind vorhanden. Auch schon im Blick, aber doch noch weit hin, ist das Einrichten einer Pflegewohngruppe. Beide Teilprojekte erfordern jedoch eine sehr umsichtige Vorbereitung und Einfädung.

## Palliativbündnis in Bayern

### Die Akteure vernetzen

Mit einem Bündnis wollen sich die Akteure der Hospiz- und Palliativarbeit in Bayern besser vernetzen. Unter dem Dach „Bayerisches Hospiz- und Palliativbündnis“ (BHPB) kooperieren zukünftig der Bayerische Hospiz- und Palliativverband, die Diakonie Bayern, der bayerische Landescaritasverband sowie das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Nach Auffassung der Initiatoren trägt die Gesundheitsversorgung im Freistaat den immer komplexer werdenden Verläufen unheilbarer Krankheiten und der wachsenden Pflegebedürftigkeit noch nicht ausreichend Rechnung.

Ziel des Bündnisses ist der Aufbau einer landesweiten und trägerneutralen Beratungsstruktur für die Belange und Interessen der Hospiz- und Palliativversorgung in Bayern. Dabei steht das Bündnis sowohl den Trägern stationärer als auch ambulanten Dienste offen.

Zu den ersten Projekten des Bündnisses gehört darum die Entwicklung eines Rahmenkonzeptes der allgemeinen und spezialisierten Hospiz- und Palliativversorgung in Bayern sowie der Aufbau einer entsprechenden Beratungsstruktur. Zudem will das Bündnis ehrenamtlich tätige Hospizvereine beraten und das ehrenamtliche Engagement im Hospizbereich in Bayern fördern. Landkreise, Städte und Gemeinden können sich zukünftig vom BHPB beim Aufbau und bei der Koordination hospizlicher und palliativer Netzwerkstrukturen beraten lassen.

Gefördert wird das Bündnis auch vom Bayerischen Sozialministerium. Die zuständige Ministerin Christine Haderthauer sagte zur Gründung: „Um bei der Hospizarbeit erfolgreich zu sein, brauchen wir gut ausgebaute Strukturen und müssen alle Kräfte bündeln.

Unterdessen sind zwei Projekte neu hinzugekommen, die das Netzwerk in wenigen Wochen mit gutem Personal organisieren musste:

Eine Mittagsbetreuung für Werkrealschüler mitsamt der Organisation einer Mahlzeit sowie ein flexibles Betreuungsangebot der Grundschul Kinder ab nachmittags. Da zeigt sich, dass „SoNO“ für alle Altersgruppen da ist, für alt und für jung.

Wilhelm v. Ascheraden  
Im Weizenfeld 1  
77799 Ortenberg  
Tel. 0781 / 9671801

Mit der Förderung des Bayerischen Hospiz- und Palliativbündnisses durch das Sozialministerium wird ein trägerübergreifendes Beratungsgremium für alle Belange der ambulanten und stationären Hospizversorgung geschaffen.“

Der Ausbau des hospiz- und palliativmedizinischen Ansatzes sei die richtige Antwort auf Bestrebungen nach aktiver Sterbehilfe, sagte Haderthauer. In Bayern begleiten jährlich circa 5.000 ehrenamtliche Hospizhelfer in rund 225.000 Einsatzstunden sterbende Menschen auf ihrem letzten Weg. Es gibt 140 ambulante Hospizdienste mit 23.000 Vereinsmitgliedern.

Weitere Informationen über das Bündnis können bei der Geschäftsstelle des BHPB abgefragt werden.

Bayerisches Hospiz- und Palliativbündnis  
Innere Regensburger Straße 13  
84034 Landshut  
Tel. 0871 / 97 50 730  
Fax 0871 / 97 50 742  
[info@bhpv.de](mailto:info@bhpv.de)

## Aus Berlin

# Projektstände mit Relevanz für die Altenarbeit und -hilfe, sowie unter Beteiligung des DEVAP (Stand: 01.11.10)

Abgeschlossene Projekte im Zentrum GRP	
Titel	Aktueller Stand
Seelsorge im diakonischen Handlungsfeld Palliative Care	<p><b>Aktueller Stand:</b> Das Positionspapier wurde auf dem 10. DEVAP Bundeskongress am 16./17.09.2009 in Berlin-Spandau vorgestellt. Es kann über die Homepage des DW der EKD und über das Wissensportal abgerufen werden.</p> <p><b>Produkt:</b> Positionspapier „Seelsorge in Palliative Care - Situationsanzeige und Empfehlungen zu kirchlich-diakonischem Handeln“, in zweiter, überarbeiteter Auflage (Diakonie Texte 12.2009).</p>
Transparenz und Ergebnisqualität als diakonische Herausforderung in der stationären Altenhilfe	<p><b>Aktueller Stand:</b> Das nunmehr betitelte Projektprodukt „Handreichung zur Kommunikation von Qualität in der stationären Altenhilfe“ wurde im Umlaufverfahren mit dem Lenkungsausschuss abgestimmt. Die Umsetzungsentscheidung des Vorstands ist erfolgt</p> <p><b>Produkt:</b> Handreichung</p>
Laufende Projekte im Zentrum GRP	
Finanzierung der Gemeinwesenorientierten Altenarbeit (GWA) - von der Projektförderung zur Nachhaltigkeit	<p>Das Projekt befindet sich in der Arbeitsphase.</p> <p><b>Produkte (gepl.):</b> Diskussionspapier</p> <p><b>Projektlaufzeit (gepl.):</b> 11.2009 – 02.2011</p>
Gesundheitliche Versorgung in ländlichen Regionen	<p>Das Projekt befindet sich in der Arbeitsphase.</p> <p><b>Produkte (gepl.):</b> -Regionale Hearings -Positionspapier/Handlungsempfehlungen -Parlamentarischer Abend</p> <p><b>Projektlaufzeit (gepl.):</b> 11.2009 – 11.2011</p>
Entwicklung eines Gesamtkonzeptes der Assistenz und Versorgung für Menschen mit Bedarf an Pflege und Teilhabeförderung	<p>Das Projekt befindet sich in der Arbeitsphase.</p> <p><b>Produkte (gepl.):</b> -Innerverbandliches Diskussionspapier -Notwendige Fachtage und Workshops im Anschluss an das Projekt</p> <p><b>Projektlaufzeit (gepl.):</b> 02.2010 – 11.2010</p>
Allgemeine palliative Kultur in diakonischen Einrichtungen und Diensten	<p>Das Projekt befindet sich in der Arbeitsphase.</p> <p><b>Produkt (gepl.):</b> Handreichung</p> <p><b>Projektlaufzeit (gepl.):</b> 02.2010 – 11.2010</p>
Zentrumsübergreifende Projekte (angesiedelt im Zentrum FIBA):	
Zur Zeit liegen keine zentrumsübergreifenden Projekte zwischen GRP und FIBA vor.	

## BAGSO-Checkliste

# Nutzerfreundliche Printmedien

Viele ältere Menschen sind begeisterte Leser. Doch immer wieder erschweren eine zu kleine Schrift und zu schwache Kontraste das Lesen oder machen es gar unmöglich. Um auf dieses Problem aufmerksam zu machen und Tipps für Änderungen zu geben, hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) die Checkliste „Nutzerfreundliche Printmedien“ erarbeitet. Bei deren Entwicklung bezog sie ältere Leser als Experten und die Fachkompetenz des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes, der Mitglied der BAGSO ist, mit ein.

Mit Hilfe der Checkliste können Zeitschriften, Broschüren und andere Printmedien auf ihre Schriftgröße, auf Abstände, Kontraste, Leseführung und Verständlichkeit hin untersucht werden.

Die BAGSO hat diese Checkliste erstellt, um Verfassern und Herstellern von Printmedien ein einfaches Werkzeug zur Überprüfung an die Hand zu geben. Es sind Kriterien entwickelt worden, die die Bedingungen für eine gute Lesbarkeit und Verständlichkeit von Printmedien festlegen.

- Ist die Schrift groß genug?
- Sind Zeilenabstand und Hell-Dunkel-Kontraste ausreichend?
- Sind die Texte, Fotos und Grafiken verständlich?

Die Liste kann im Internet unter [www.bagso.de/verbraucherempfehlung.html](http://www.bagso.de/verbraucherempfehlung.html) heruntergeladen werden. Die BAGSO sendet die Liste auf Anfrage auch gern per E-Mail zu.

Weitere Informationen:

**BAGSO Service GmbH**  
**Nicola Röhrich**  
**Bonnigasse 10**  
**53111 Bonn**  
**Tel.: 02 28 / 55 52 55 54**  
**[roehricht@bagso-service.de](mailto:roehricht@bagso-service.de)**

## Terminvorschau

Bitte vormerken:

11. DEVAP-Bundeskongress

Der Termin für den Bundeskongress 2011 steht fest: Interessierte sollten sich den 21. und 22. September 2011 gleich im Kalender notieren. In Berlin-Spandau treffen sich im Herbst erneut Führungs- und Leitungskräfte aus der diakonischen Altenhilfe, um sich über die maßgeblichen Trends, Themen und Entwicklungen der Pflegebranche zu informieren und auszutauschen. Der Kongress trägt 2011 die Überschrift „Weil wir es wert sind – vom Wert der Pflege“. Unter diesem Motto wird das Spannungsdreieck aus schlechten Rahmenbedingungen, dem negativen Image der Branche und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung diskutiert. Weitere Top-Themen sind der Stand der neuen Pflegereform, Management-Fragen wie innovative Methoden der Personalgewinnung und -entwicklung, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle sowie angewandte Ethik. Auch die Themen Transparenz und Qualitätssicherung nehmen breiten Raum ein.

Restplätze sichern

Fachtag „Quartierskonzepte“

Am 1. Dezember veranstaltet der DEVAP in Frankfurt eine Fachtagung zur Gestaltung altersgerechter Wohnquartiere. Es kommen Akteure aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern zu Wort, die die Öffnung ins Quartier oder in die Gemeinde bereits vollzogen haben und von ihren Erfahrungen berichten. Mehr Informationen finden Sie unter [www.devap.de](http://www.devap.de)

## Ratgeber für Patientenverfügungen

„Lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf dass wir klug werden“ (Psalm 90,12). Wir alle müssen eines Tages sterben und können nicht vorhersehen, was uns erwartet. „Klug werden“ – wie es der Psalmbeter ausdrückt – das kann auch heißen, den Gedanken an den eigenen Tod und unsere Endlichkeit zuzulassen und Klarheit zu gewinnen, über die eigenen Wünsche und Vorstellungen.

Viele Menschen haben Sorge, durch Krankheit, Unfall oder im Alter die Kontrolle über das eigene Leben zu verlieren, abhängig von anderen Menschen zu werden oder nicht mehr selbst bestimmen zu können, was mit ihnen geschieht. Diese Sorge hat sich insbesondere durch die moderne Medizin verstärkt, die Menschen über einen längeren Zeitraum auch dann noch am Leben erhalten kann, wenn keine Aussicht auf Genesung mehr besteht: Starben die Menschen bis vor etwa 100 Jahren in aller Regel schnell und ohne lange Leidenszeiten, so hat sich die letzte Lebensphase eines Menschen und der Zeitraum seines Sterbens heute durch vielfältige medizinische Möglichkeiten – wie beispielsweise moderne Arzneimittel und künstliche Ernährung – stark ausgedehnt.

Es sind vor allem die Themen „Selbstbestimmung“ und „Fürsorge“, die eine entscheidende Rolle bei Patientenverfügungen spielen. Je nach Interesse und Hintergrund rücken bisweilen entweder das Selbstbestimmungsrecht von Menschen oder eine weit verstandene Fürsorgepflicht ihrer Mitmenschen in den Vordergrund. Dabei sind beide Aspekte wichtig und nicht voneinander zu trennen. Auf dieser Grundlage will der vorliegende Ratgeber aus christlich-diakonischer Sicht über Patientenverfügungen, Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen informieren. Er enthält für Betroffene und ihre Angehörigen wie für Träger und Mitarbeitende diakonischer Einrichtungen Hinweise zum Umgang damit.

Erstellt wurde er in Zusammenarbeit mit der EKD. Mit Blick auf die vom Rat der EKD und der Katholischen Bischofskonferenz in Angriff genommene Aktualisierung der Christlichen Patientenverfügung wurde bewusst davon Abstand genommen, ein weiteres Formular für eine Patientenverfügung zu erarbeiten. Das Literaturverzeichnis weist neben anderen gut durchdachten Formularen auch auf die durch die gesetzliche Neuregelung inzwischen allerdings überholte Christliche Patientenverfügung hin.

Neben dem Download als PDF-Datei auf der Internetseite [www.diakonie.de](http://www.diakonie.de) kann die Broschüre auch über den Zentralen Vertrieb kostenpflichtig in gedruckter Form bestellt werden.

Kosten für gedruckte Fassungen pro Ausgabe:

ab 10 Exemplare 2,30 € / Exemplar  
ab 50 Exemplare 1,90 € / Exemplar  
(alle Preise inkl. MwSt. zuzüglich Versandkosten)

Bestellanschrift:

Zentraler Vertrieb des

Diakonischen Werkes der EKD

Karlsruher Str. 11

70771 Leinfelden-Echterdingen

Tel. 0711 / 90216-50

Fax 0711 / 7977502

[vertrieb@diakonie.de](mailto:vertrieb@diakonie.de)



DEVAP impuls

Herausgeber: DEVAP

Deutscher Evangelischer Verband  
für Altenarbeit und Pflege e.V.

Verantwortlich: Vors. Renate Gamp

Redaktion: Heike Wehrbein, Daniel Wagner

Nicht namentlich gekennzeichnete Artikel:

H. Wehrbein, DEVAP

Alle mit Namen gekennzeichneten Artikel  
geben nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion wieder.

DEVAP Geschäftsstelle Berlin

Altensteinstraße 51, 14195 Berlin

Tel. 030 83001-277, Fax 030 83001-285

[info@devap.de](mailto:info@devap.de) [www.devap.de](http://www.devap.de)

In eigener Sache: Bei Adressänderungen  
bitte unbedingt Ihre Kundennummer an-  
geben. Vielen Dank.